Solidarity Cities

Auf dem Weg zu einer neuen »Weltsolidargesellschaft«?

Der Beitrag nimmt die »Corona-Pandemie« zum Anlass, um sich mit der Paradoxie von Solidarität mit »den einen« und Entsolidarisierung mit »den anderen« zu befassen. Während Appelle der Parteienpolitik an die Solidarität der Bürger_innen in einzelnen Nationalstaaten zu fluiden Solidaritätsbekundungen vor Ort führen, schottet die Europäische Union (EU) ihre Außengrenzen mehr und mehr ab und setzt geflüchtete Menschen prekären Lebenslagen an Europas Rändern aus.

Von Marc Hill und Caroline Schmitt

Einleitung

Der öffentliche Ruf nach Solidarität tritt besonders deutlich in Krisenzeiten hervor. Die Reaktionsweisen auf die Ausbreitung von SARS-CoV-2, kurz genannt COVID-19, sind dafür ein Paradebeispiel (Hill/Schmitt 2020). In unserem Beitrag spüren wir den Reaktionsweisen auf die Pandemie aus der Perspektive von Solidarität nach. Hierbei zeigen sich soziale Grenzziehungen in einer Gesellschaft, die einerseits Zusammenhalt proklamiert, andererseits aber jene vulnerabilisiert, die im Diskurs als »Geflüchtete« repräsentiert sind. Solidarische Praxen werden bei näherer Betrachtung als Paradoxon sichtbar und bedürfen einer relationalen Annäherung, um In- und Exklusionsmechanismen sowie Dominanz- und Widerstandsverhältnisse erfassen zu können. Will der Solidaritätsbegriff einen Beitrag zur Untersuchung und Überwindung gesellschaftlicher Spaltungen leisten, braucht er eine reflektierte Konzeptualisierung (Bude 2019). Wir verhandeln Solidarität in unserem Text zum einen als konkrete Praxis und zum anderen als Analyseperspektive.

Solidarität ist voraussetzungsreich und bedarf einer bedachten Konzeptualisierung.

Als Analyseperspektive hat der Begriff das Potenzial, machtreflexiv auf gesellschaftliche Schieflagen aufmerksam zu machen, ohne soziale Ungleichheiten zu kaschieren und sich zu einer generalisierenden Wohlfühlformel zu verkürzen. Wir nehmen im Folgenden die ausschließenden Effekte gegenwärtiger Solidaritäten zum Anlass, um Ideen für die theoretische und lebenspraktische Konzeption eines weltoffenen, nachhaltigen und machtkritischen Solidaritätsbegriffes zu entfalten. Hierzu dient das Engagement solidarischer Initiativen in den Städten als wegweisender Impuls.

Solidarität – ein facettenreicher Begriff

Das Thema der Solidarität ist in hohem Maße in Bewegung geraten. Eine globale Krise wie COVID-19 lässt sich als Appel und Warnsignal interpretieren, über Entwicklungen und Paradoxien solidarischen Handelns ausgiebig nachzudenken. Exemplarisch spricht der Soziologe Ferrarotti sympathischer-, aber auch überraschenderweise im Zuge von COVID-19 von der Wiederentdeckung von Solidarität als einem »wundervollen Wert« und einer erwartbaren »Explosion an Lebensfreude« nach der Corona-Pandemie (Seisselberg 2020).

Sicherlich ist denkbar, dass der Wert realer Sozialkontakte auf neue Weise geschätzt wird, allerdings gilt es, die Solidarität nicht auf dem Altar von Zweckoptimismus in Krisenzeiten vorschnell zu opfern. Solidarität ist voraussetzungsreich und bedarf einer bedachten Konzeptualisierung, um nicht als Etikett für jegliches menschliches Zusammenkommen zu verwässern. Der Begriff umfasst ein Einstehen füreinander und ein gesellschaftliches Verständigen in Bereichen, von denen nicht alle Menschen im selben Ausmaß betroffen sind, für die aber im Sinne einer Gemeinsamkeit Sorge zu tragen ist. Seine Geschichte reicht zurück bis in das Römische Reich. Die sogenannte Solidarobligation bezeichnete dort eine Form der Haftung, »nach der jedes Mitglied einer (meist familiären) Gemeinschaft für die Gesamtheit der bestehenden Schulden aufzukommen hatte und umgekehrt die Gemeinschaft für die Schulden jedes einzelnen Mitglieds« (Bayertz 1998, S. 11). Im Zuge der Französischen Revolution und Arbeiter_innenbewegung politisierte sich der Begriff. Im wissenschaftlichen Kreis haben sich vor allem Durkheim, Habermas, aber auch Honneth und Rorty ausführlich mit dem Solidaritätsbegriff auseinandergesetzt (Derpmann 2020). Wir schließen an dieser Stelle an den emanzipatorischen Solidaritätsbegriff von Scherr (2019) an. Demnach zeichnet sich Solidarität durch freiwilliges Handeln von Akteur_innen in Zusammenschlüssen aus, die gemeinsam für eine gerechte Gesellschaft einstehen und dabei gesamtgesellschaftliche Anliegen und nicht nur Partikularinteressen verfolgen. Diese Zusammenschlüsse sind nicht als statisch zu verstehen, sondern als potenziell fluide und situativ. Sie gehen nicht zwingend mit formalisierten Mitgliedschaften einher.

Fragile Solidaritäten

Eine emanzipatorische Konzeptualisierung von Solidarität ist hinsichtlich des globalen Umgangs mit geflüchteten Menschen zentral. Einerseits »entdecken« die verschiedensten gesellschaftlichen Akteur_innen die Bedeutsamkeit von Solidarität als lebenserweckende Ressource in Europa wieder, was in der gegenwärtigen Corona-Zeit paradoxerweise Privat-Quarantäne, Kontaktsperre oder Ausgehverbot bedeutet. Andererseits sind geflüchtete Menschen weltweit in Lagern marginalisiert und an den Grenzen der EU wird der »Außenschutz« intensiviert. Solidarität scheint nicht selten an nationalstaatlichen Grenzen und am Aufenthaltstitel geflüchteter Menschen zu enden. Es ist ein bekanntes Phänomen,

Abbildung 1: Kinder als Pionier_innen der Solidarität, Mainz



Foto: Caroline Schmitt (April 2020)

dass die Solidarität gegenüber geflüchteten Menschen abhängig von der politischen Stimmung und öffentlichen Bereitschaft ist. Als die deutsche Bundeskanzlerin im Herbst 2015 eine neue Willkommenskultur ausrief und noch im selben Jahr mehrere »Selfies« durch die Medienwelt gingen, die sie solidarisch mit Geflüchteten zeigten, wandelte sich die öffentlich häufig proklamierte Angst vor Einwandernden temporär in eine gesamtgesellschaftliche Sorge um Menschen in Not.

Solidarität scheint nicht selten an nationalstaatlichen Grenzen und am Aufenthaltstitel von Menschen zu enden.

Es gab ein überbordendes und medial in Szene gesetztes Interesse, sich um geflüchtete Menschen zu »kümmern«, so dass kurzfristig ein bejahendes Grundecho zur ausgerufenen Willkommenskultur in der Mitte Europas zu vernehmen war (Hill 2018, S. 110). Dennoch hielt die Willkommenskultur dem politischen Widerstreit nicht lange stand und die Sorge um Menschen in Not wandelte sich wieder in eine politisierte »Flüchtlingskrise« – die nicht in erster Linie eine Krise in der hiesigen Gesellschaft, sondern vielmehr eine Krise jener Menschen ist, die angesichts existenzieller Bedrohungen den Fluchtweg ergreifen müssen und ums Überleben kämpfen. Bislang ist die Solidarität im Fluchtkontext ein fragiles und widersprüchliches Phänomen geblieben. Jüngste Beispiele, die noch nicht aus dem öffentlichen Gedächtnis verschwunden sind, wie die zivilgesellschaftliche Seenotrettung des Vereins Sea-Watch im Sommer 2019 mit Carola Rackete als Kapitänin, verdeutlichen eindrücklich, mit welchem politischen, juristischen und polizeilichen Druck solidarische Rettungsaktionen unter Androhung strafrechtlicher Sanktionen in einen gesellschaftlichen Graubereich gedrängt werden (z. B. »Exklusiv: Was geschah auf der Sea-Watch 3?«, www.youtube.com/watch?v=mRvzVpTCuVY).

Othering und Solidarität

Die Paradoxie aufbegehrender Solidarität einerseits und von Entsolidarisierung andererseits lassen sich mit dem postkolonialen Konzept von »Othering« einholen. Othering meint einen Prozess der sozialen Herstellung eines »wir« und »die anderen«. In diesem Prozess gibt sich das »Wir« durch Konstruktion, Abspaltung und Abwertung einer anderen Gruppe eine kollektive Identität, welche als höherwertig gezeichnet wird. Die soziale Konstruktion der anderen ist Gegenstand von Edward Saids (1979) Klassiker »Orientalism« zur Konstruktion und Unterwerfung des »Orients« durch den »Westen«. Spivak (1985) knüpft an diese Analysen an und zeigt am Beispiel von Dokumenten britischer Kolonialist_innen in Indien eine Abwertung und Entmenschlichung der Bevölkerung

auf, während sich das imperiale Selbst als legitim herrschende Instanz in seiner vermeintlichen Höherwertigkeit entwirft.

Im Umgang mit der Corona-Pandemie wird eine Gruppenkonstruktion im Zuge des aufgespannten Schutzdiskurses sichtbar.

Die Perspektive von Othering ermöglicht, sich Gruppenkonstruktionen aus einer machtkritischen Perspektive heraus anzunähern. Im Umgang mit der Corona-Pandemie wird eine Gruppenkonstruktion im Zuge des aufgespannten Schutzdiskurses sichtbar. Benachteiligung und Privilegiertheit zeigen sich nun darin, wer als schutzbedürftiges und vulnerables »wir« einer solidarischen Community verstanden, und wer hiervon ausgeklammert wird. Hierbei geht es uns nicht darum, die vulnerable Situation der als schützenswert herausgestellten Personen infrage zu stellen, sondern darum, auf Leerstellen aufmerksam zu machen, wer in der Schutzdebatte nicht oder erst mit großer Verzögerung benannt wird.

Solidarität im nationalstaatlichen Korsett

Schutz- und Vulnerabilitätsdebatten drohen, den Blick wegzulenken von der entscheidenden Frage, wie allen Menschen ein würdevolles Leben in und jenseits von Krisenzeiten möglich sein kann. Sie sind vielfach nationalstaatlich verkürzt (Römhild 2018, S. 65) und lassen sich in wohlfahrtsstaatlichen Systemen beobachten. Diese basieren auf der Logik, soziale Absicherung in erster Linie an nationalstaatliche Zugehörigkeiten zu koppeln, wohlfahrtsstaatliche Leistungen primär einer exklusiven Gruppe an Staatsbürger_innen bereitstellen und Zugänge nur dann durchlässiger zu machen, wenn wirtschaftliche Interessen dies verlangen oder ein (moralisch begründeter) Widerstand gegen Schließungsprozesse zu groß wird (Kollender/Kourabas 2020). Ein Beispiel hierfür sind staatliche Regularisierungsprogramme, die illegalisierten Menschen nach einem mehrjährigen Aufenthalt in einem bestimmten Land Zugänge zu wohlfahrtsstaatlichen Diensten und Möglichkeiten der Legalisierung ihres Aufenthalts gewähren. Ebenso erhalten Menschen im Asylverfahren, z. B. in Deutschland, Zugang zu einer basalen Absicherung im Zuge des Asylbewerber_innenleistungsgesetzes. Hierbei handelt es sich jedoch um einen stark reglementierten und verkürzten Leistungszugang. Nationalstaatliche In- und Exklusionsmuster sind damit zwar durchaus fluide (Ataç/Rosenberger 2013), dennoch benachteiligen oder exkludieren sie in unterschiedlichem Ausmaß solche Personen, die von Staaten nicht bedingungslos als rechtmäßig anwesende Menschen auf einem spezifischen nationalstaatlichen Territorium anerkannt werden. Im Umgang mit geflüchteten Menschen entscheiden Öffnungs- und Exklusionsmechanismen von Nationalstaaten und supranationalen Instanzen wie der EU über Leben und Tod. Ertrinkende Menschen im Mittelmeer oder die Lage geflüchteter Menschen auf der griechischen Insel Lesbos verlangen nach neuen Wegen, Unterstützung in einer globalen Welt zu organisieren.

Solidarische Allianzen können selektiv agieren und sind nicht per se als inklusiv anzusehen.

Dieser Notwendigkeit nehmen sich vor allem Menschen in den Städten an und explorieren neue Lösungswege für die drängenden Herausforderungen unserer Zeit (Schiffauer et al. 2017). Hierbei ist jedoch weiter zu untersuchen, wer die Akteur_innen dieser Solidaritäten im Einzelnen sind. So zeigen empirische Studien etwa für die Fridays-for-Future-Bewegung (FFF), dass sich die dort Engagierten zwar hinsichtlich ihrer soziodemografischen Merkmale langsam differenzieren, gegenwärtig aber vor allem junge Menschen mit hohem angestrebten oder erreichten Bildungsabschluss in der Bewegung aktiv sind und FFF nicht repräsentativ für alle jungen Menschen steht (Sommer et al. 2020). Bereits an dieser Stelle wird deutlich, dass auch solidarische Allianzen selektiv agieren können und nicht per se als inklusiv anzusehen sind.

Innovationslabor »Stadt«

Solidarische Allianzen versuchen ihre Anliegen im Stadtraum sichtbar zu machen und eine möglichst große Öffentlichkeit herzustellen. Es ist die Stadt, der seit jeher eine besondere Bedeutung als Innovationslabor, Projektionsfläche für Freiheit, beruflichen Erfolg, Erlebnis und progressive Ideen zukommt. Die »Faszination des Städtischen« lässt gegenwärtig nicht nach, gleichwohl sich Menschen zunehmend auch der Provinz zuwenden und sich ein Gegentrend zur Zelebrierung des Städtischen zu entwickeln scheint (Korff/Kaiser/von Bloh 2013). Gentrifizierung, ein kompetitiver Arbeits- und Wohnungsmarkt, »verstopfte« Straßen und überschrittene Feinstaubwerte

machen in Städten auf Probleme aufmerksam, die nicht »wegzufeiern« sind – bei globaler Betrachtung stehen auch Städte vor Herausforderungen und produzieren diese mit. Paradoxerweise sind sie es aber mitunter auch, die mit kreativen Lösungen nachhaltige Ideen für die großen Fragen unserer Zeit anbieten.

Städte nehmen Rassismus und rechtsextreme Übergriffe nicht wort- und klanglos an.

Im Unterschied zu Nationalstaaten können sie flexibler handeln und Innovationen in den Bereichen Arbeiten, Wohnen, Versorgung und Zivilgesellschaft auf kürzeren Wegen vorantreiben (Bukow 2020). Die Stadt erscheint städtebaulich, politisch und als Ort des alltäglichen Lebens als prinzipiell offen und wird trotz aller Krisensemantiken mit einem optimistischen Grundgedanken ausgestattet (Yıldız 2013). Dieser Optimismus ist von einer grundsätzlichen Bereitschaft der Bewohnenden getragen, ein Leben unter Vielen an einem gemeinsamen Ort zu führen. Menschen begegnen einander; sie können aneinander vorbeigehen oder soziale Nähe herstellen. Und auch, wenn rechtsextreme Wendungen in unserer Gesellschaft große Probleme produzieren, nehmen Städte Rassismus und rechtsextreme Übergriffe nicht wort- und klanglos an.

Solidarische Städte. Recht auf Teilhabe

So sind im Zuge des »langen Sommers der Migration« im Jahr 2015 zahlreiche Initiativen, kreative Umgangsformen sowie Projekte entstanden, die zeigen, dass Menschen in der Stadt gewohnt sind, mit Diversität und Mobilität umzugehen (Schiffauer et al. 2017). Als Beispiele fungieren inklusive Wohnprojekte von Menschen mit und ohne Fluchterfahrung, neue Nachbarschaftsinitiativen und Kulturzentren, die kreative Alltagspraktiken wie ein gemeinsames Musizieren, aber auch Hausaufgabenhilfen oder Sprachtandems anbieten. Street-Art-Künstler_innen wie Banksy sowie ganz gewöhnliche Stadtbewohner_innen nutzen Wände, Straßenlaternen oder den eigenen Balkon, um mit pointierten Graffitis, Bannern oder Aufklebern auf Notlagen aufmerksam zu machen, weltoffene Botschaften in die Öffentlichkeit zu transportieren und die Entwicklung kreativer Ideen anzuregen.

Ein Ansatz, der sich in transregionalen Netzwerken mittlerweile über Deutschland und die Schweiz hinweg organisiert, ist das Netzwerk »Solidarity City: eine

Abbildung 2: Banner »Kein Rassismus«, Köln



Foto: Caroline Schmitt (September 2020)

Stadt für alle« (https://solidarity-city.eu/de/). Solidarische Städte wollen die Idee sozialer Sicherung von nationalstaatlichen Zugehörigkeitskonstruktionen entkoppeln und neue Möglichkeiten des sozialen Zusammenlebens in den Städten entwickeln.

Solidarische Städte wollen die Idee sozialer Sicherung von nationalstaatlichen Zugehörigkeitskonstruktionen entkoppeln.

Die Selbstdeklaration als »solidarische« Städte hat seit dem »langen Sommer der Migration« in Europa zugenommen und im Umgang mit Fluchtmigration an Relevanz gewonnen. Die Idee orientiert sich am Konzept der Sanctuary City (Bauder/Gonzales 2018), welches in den USA und in Kanada bereits seit den 1970er-Jahren Verbreitung erfährt. Diese ersten Ansätze fokussierten auf Menschen ohne Papiere und schafften unter Aufbau städtischer Netzwerke Zugang zu Bildungsinstitutionen, zum Wohnungsmarkt und zu medizinischer Versorgung, ohne dass Betreffende hierfür einen Nachweis zu ihrem Aufenthaltsstatus geben müssen. Unter der Regierung von Donald Trump gerieten Sanctuary Cities unter Legitimationsdruck, dennoch führen sie ihr Engagement weiterhin fort. Sich mit solidarischen Städten zu befassen, liefert neue gesellschaftliche Impulse. Solidarische Städte zielen auf die Herstellung eines angstfreien, inklusiven und lebensfrohen Stadtraums. Das Netzwerk »Solidarity City« fordert eine Stadt für alle und artikuliert das eigene Anliegen folgendermaßen:

»Wir fordern: Alle Menschen, die in einer Stadt leben …

- *sollen ein Recht auf Daseinsgrundversorgung haben*
- *soll Zugang zu Infrastrukturen der Stadt gewährt werden*
- *soll Bildung und Weiterbildung ermöglicht werden*
- *sollen medizinische Beratung und Versorgung in Anspruch nehmen können*
- *sollen politisch mitbestimmen dürfen*
- *sollen das Recht auf kulturelle Teilhabe haben*
- *sollen das Recht zu bleiben haben!« (Netzwerk Solidarity City o. J.).*

Abbildung 3: »Nachbarschaftshilfe«, Hauswand in Innsbruck



Foto: Marc Hill (März 2020)

Das Netzwerk beruft sich auf den Gedanken einer urban citizenship, die den Zugang zu sozialen Leistungen – etwa zu Bildung oder Wohnraum – an den Ort des Lebens knüpft und von der potenziellen Barriere lösen will, eine spezifische Staatsbürgerschaft haben zu müssen, um teilhaben zu können. Im Mittelpunkt stehen »alle Menschen«, die sich im städtischen Raum aufhalten. Ihre Zugehörigkeit ist qua »Dasein« gegeben und wird nicht infrage gestellt. Es sind städtische Netzwerke, die sich an den Lebenswelten der Bewohner_innen orientieren: Ein Beispiel hierfür liefern die ID Cards nordamerikanischer Städte wie New Haven, San Francisco, Oakland und New York City. Sie funktionieren wie Bibliotheksausweise beim Ausleihen von Büchern oder Tourismuskarten beim Eintritt in Museen und bezeugen eine Art Stadtmitgliedschaft.

Im Mittelpunkt stehen »alle Menschen«, die sich im städtischen Raum aufhalten.

Diese Karten können dem Grundsatz nach von allen genutzt werden und besitzen einen entscheidenden Vorteil: Sie ermöglichen es Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft oder des jeweiligen Aufenthaltstitels, beispielsweise ein Bankkonto eröffnen, sich bei behördlichen Kontrollen ausweisen sowie öffentliche Gebäude frei nutzen zu können. Solche Identitätskarten sind Ausdruck des rechtlichen und politischen Handlungsspielraums von Städten, um sich solidarisch mit Menschen ohne Papiere zu zeigen. Mit diesen Stadtausweisen ist ein Votum von Stadtparlamenten für mehr Solidarität mit Menschen verbunden, die einen prekären oder illegalisierten Aufenthaltsstatus innehaben. Die Karten sind ein Akt der Positionierung als weltoffene Stadt. Die konkrete Ausgestaltung von Stadtausweisen und ihre Nutzungsvielfalt ist eine kommunale Angelegenheit und damit vielerorts unterschiedlich geregelt – zumal sich die lokalen und nationalen rechtlichen Bestimmungen und Voraussetzungen für diese handfeste Solidaritätsbekundung unterscheiden. In nordamerikanischen Städten sind die Regierungen nicht zwangsläufig dazu verpflichtet, die nationale Migrations- bzw. Einwanderungspolitik durchzusetzen – in europäischen Städten sieht die Sachlage häufig anders aus. Daher können an dieser Stelle nur die Grundüberlegungen von ID Cards aufgegriffen und die hiervon ausgehenden Impulse diskutiert werden. Im Sinne einer urban citizenship auf lokaler Ebene dokumentieren die Stadtausweise jedenfalls ausschließlich die Zugehörigkeit zu einer Stadt und nicht zu einem Nationalstaat (Wenke/Kron 2019, S. 9). Genau hierin liegt jedoch auch der kommunale Spielraum, der es ermöglicht, geflüchtete Menschen auf pragmatische Art und Weise solidarisch zu unterstützen – eine wünschenswerte und umfassendere staatsbürgerschaftliche Regelung ist hiermit nicht zwingend verbunden. In Europa ist die Idee nordamerikanischer Stadtausweise bereits aufgegriffen worden und es existieren eine Reihe von Initiativen, die sich mit der Einführung einer ID Card nach dem Vorbild von New York City auseinandersetzen. Exemplarisch greifen wir an dieser Stelle die Stadt Zürich auf, in welcher sich der Gemeinderat im Oktober 2018 für die Einführung einer »Züri City Card« entschieden hat. Im Bericht des Stadtrates, welcher auch rechtsgutachterlich auf das Vorhaben eingeht, wird festgehalten:

»Diese Karte soll ungeachtet von Herkunft und Aufenthaltsstatus ausgestellt werden, gegenüber Behörden (insbesondere der Polizei) und Privaten als Identitätsnachweis dienen und den Zugang zu städtischen oder privaten Dienstleistungen vereinfachen. Damit die Karte attraktiv ist, soll sie auch vergünstigten Zugang zu Kulturinstitutionen, Sportangeboten, Bibliotheken etc. ermöglichen. Die Stadt Zürich soll mit der City-Card analog der Stadt New York City zeigen, dass sie eine Stadt für alle Bewohnerinnen und Bewohner ist« (Stadt Zürich 2020, S. 31).

Die Grundidee einer Stadt für alle und Initiativen zum städtischen Identitätsnachweis bringen zum Ausdruck, was Richard Sennett (2018, S. 10) als »cité-Bewusstsein« fasst – lebenspraktisch werdende Vorstellungen eines guten sozialen Zusammenlebens. Die physische Verfasstheit der *ville,* des materiellen und konkret erfahrbaren Stadtraums, ist mit den Möglichkeiten zur Belebung dieser Vorstellungen eng verbunden und kann inklusive Infrastrukturen bereitstellen – beispielsweise niedrigschwellige Anlaufstellen, an welchen eine ID-Card verteilt wird, oder auch eine inklusive Stadtarchitektur mit mehrsprachiger Beschilderung statt ausschließender Zaun-Architektur. Offene Gesellschaften, so Sennett, brauchen offene Stadträume, mehr Demokratie und mehr Teilhabe als bisher.

Hierbei sind insbesondere jene Menschen zu berücksichtigen, welche in unsicheren und prekären Räumen leben müssen, wie Menschen in den Geflüchtetenlagern in Deutschland, Griechenland, Italien und andernorts. Solidarische Städte entfalten die Perspektive, Räume des Miteinanders zu denken. Sie durchbrechen mit ihrem Konzept eine Differenzierung in ein »Wir« und »die an-

Abbildung 4: Graffiti »No Border«, Friedensbrücke Frankfurt am Main

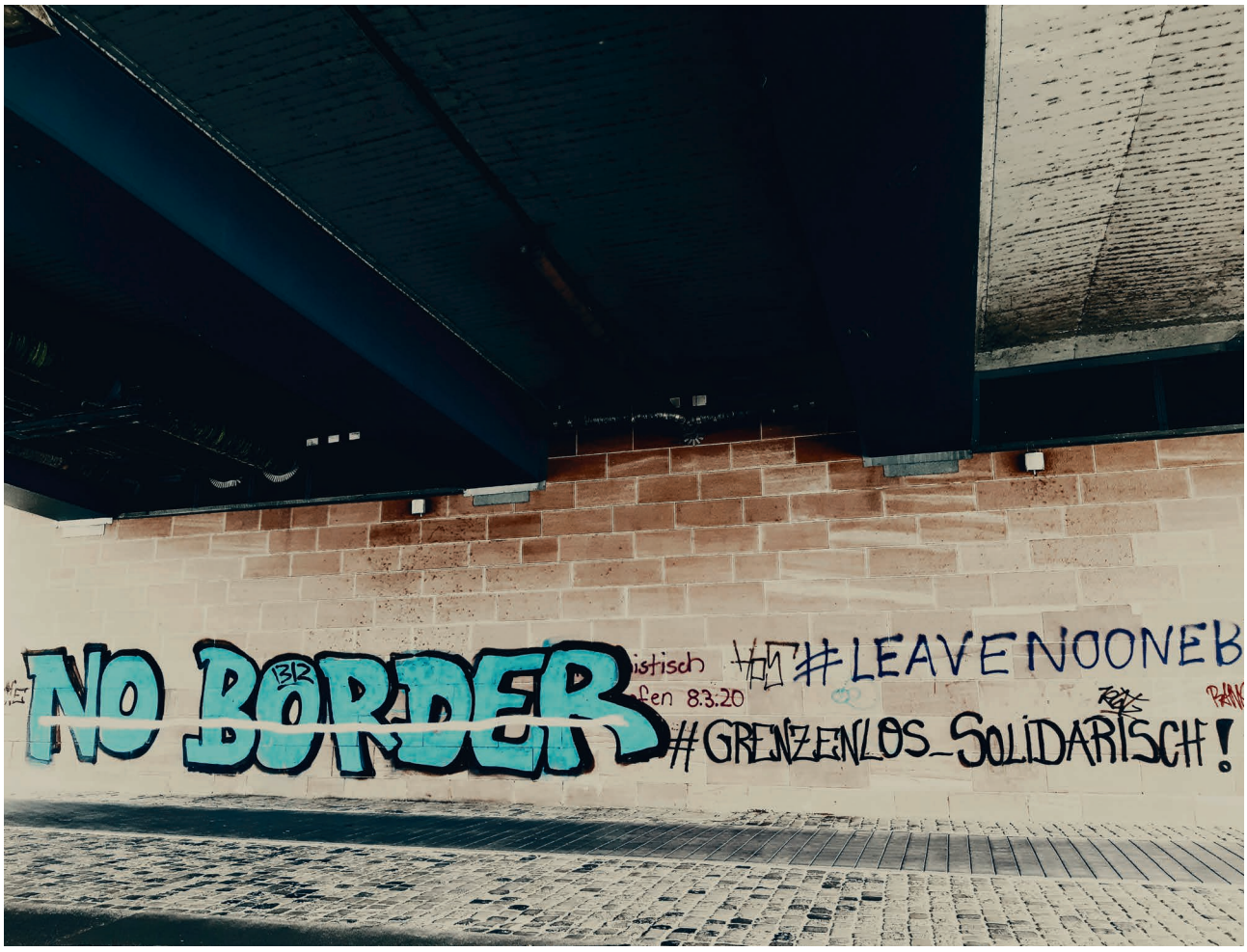


Foto: Caroline Schmitt (Juni 2020)

deren«, das sich anhand von nationalstaatlichen Kriterien vollzieht, und entfalten ein kosmopolitisches Solidaritätsverständnis, das alle Menschen vor Ort einbezieht.

Ausblick. Solidarische Subsidiarität und neue Allianzen

Solidarische Städte fungieren als Richtungsweiser in einer Zeit, in der Solidarität eine Verkürzung erfährt. Sie haben das Potenzial, entscheidende Wegweiser im Umgang mit globalen Krisen zu sein und eine solidarische Raumgestaltung hervorzuheben. Ihr solidarisches Engagement wird gegenwärtig jedoch nicht bedingungslos als Stoßrichtung geteilt. Dies zeigt sich etwa dann, wenn Städte und Kommunen bereitwillig geflüchtete Menschen aufnehmen wollen, aber von der nationalstaatlichen Politik in diesem Anliegen qua Veto ausgebremst werden. Dieser Beitrag will dazu anregen, Städte mit ihren Potenzialen ernst zu nehmen und ihre Strategien sowie emanzipatorischen Konzepte gesamtgesellschaftlich zu debattieren – im Sinne einer solidarischen Subsidiarität, die der Stadt Gestaltungsfreiräume lässt. Solidarische Allianzen entfalten in den Städten ein optimistisches Solidaritätsverständnis, das nachhaltige Überlegungen zum Zusammenleben in einer Weltgesellschaft anstößt.

Kooperationen zwischen solidarischen Allianzen, Sozialer Arbeit, Parteien und internationalen Instanzen sind von hoher Relevanz.

Sie erinnern an eine bedachte Konzeptualisierung des Solidaritätsbegriffs, damit seine emanzipatorische Stoßrichtung nicht verloren geht; und erweitern Solidarität um die nachhaltige Dimension, inklusive Räume der Solidarität nicht nur temporär und fluide aufleben und dann

Zur Person

Marc Hill, assoz. Prof. Dr., ist assoziierter Professor an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck.

Caroline Schmitt, Prof.in Dr.in, ist Professorin für Migrations- und Inklusionsforschung an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt.
Aktuelle Herausgeberschaft: Hill, M./Schmitt, C. (2021): Solidarität in Bewegung. Neue Felder für die Soziale Arbeit. Baltmannsweiler: Schneider Hohengehren.

wieder verschwinden zu lassen, sondern in institutionelle Formen zu transferieren. Zugleich können solidarische Stadtinitiativen nicht die Last gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen alleine stemmen. Genauso stehen Parteienpolitik, soziale Dienste, Wirtschaft und alle anderen gesellschaftlichen Systeme vor der Aufgabe, sich in die Bearbeitung globaler Herausforderungen zu involvieren. Gegenwärtig sind es besonders solidarische Allianzen, die sich gegen das Ertrinken von Menschen im Mittelmeer, gegen eine Verelendung geflüchteter Menschen in den EU-Hotspots und für eine Teilhabe illegalisierter Menschen einsetzen. Dieses unbestreitbar wichtige Engagement darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass neben zivilgesellschaftlicher zwingend professionelle Unterstützung für alle Menschen nötig ist und der Zugang zu Unterstützung nicht vom Engagement einzelner Zusammenschlüsse abhängen darf. Neue Kooperationen zwischen solidarischen Allianzen, der Sozialen Arbeit, politischen Parteien und internationalen Instanzen sind von hoher Relevanz – auf dem Weg zu einer neuen »Weltsolidargesellschaft«.

Literatur

Ataç, I./Rosenberger, S. (2013): Inklusion/Exklusion – ein relationales Konzept der Migrationsforschung. In: Ebd. (Hrsg.): Politik der Inklusion und Exklusion. Göttingen: V&R unipress, S. 35–52.

Bauder, H./Gonzales, D. A. (2018): Municipal Responses to Illegality: Urban Sanctuary across National Contexts. In: Social Inclusion 6, S. 124–134.

Bayertz, K. (1998): Begriff und Problem der Solidarität. In: Bayertz, K. (Hrsg.): Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 11–53.

Bude, H. (2019): Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee. München: Hanser.

Bukow, W. (2020): Das Quartier wird Basis zukunftsorientierter Stadtentwicklung. In: Berding, N./Bukow, W. (Hrsg.): Die Zukunft gehört dem urbanen Quartier. Das Quartier als eine alles umfassende kleinste Einheit von Stadtgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, S. 7–25.

Derpmann, Simon (2020): Solidarität. In: Hiebaum, C. (Hrsg.): Handbuch Gemeinwohl. Wiesbaden: Springer VS, S. 1–13.

Hill, M. (2018): Eine Vision von Vielfalt: Das Stadtleben aus postmigrantischer Perspektive. In: Hill, M./Yıldız, E. (Hrsg.): Postmigrantische Visionen. Erfahrungen – Ideen – Reflexionen. Bielefeld: transcript, S. 97–119.

Hill, M./Schmitt, C. (2020): Solidarität in der Corona-Krise. Optimismus, solidarische Städte und Fluchtmigration. In: Migration in Germany (MiGAZIN). Artikel vom 26. März 2020. www.migazin.de/2020/03/26/optimismus-solidarische-staedte-und-fluchtmigration (Abruf: 29.9.2020).

Kollender, E./Kourabas, V. (2020): Zwischen Ein- und Ausschluss der ›Anderen‹. (Dis-)Kontinuitäten rassistischer und ökonomistischer Argumentationen im Diskurs um Migration von der ›Gastarbeit‹ bis heute. In: Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft 7, S. 86–99.

Korff, R./Kaier, T./von Bloh, H. (2013): Das Recht auf Großstadt? Über die Kreativität der Provinz. In: Südostasien. Zeitschrift für Politik, Kultur, Dialog 1, S. 11–13.

Netzwerk Solidarity City (o.J.): Netzwerk Solidarity City. Für eine gerechtere Stadt für alle! Flyer. https://solidarity-city.eu/app/uploads/2017/10/Solidarity_City_Flyer_de.pdf (Abruf: 29.9.2020).

Römhild, R. (2018): Konvivialität – Momente von Post-Otherness. In: Hill, M./Yıldız, E. (Hrsg.): Postmigrantische Visionen. Erfahrungen – Ideen – Reflexionen. Bielefeld: transcript, S. 63–71.

Said, E. W. (1979): Orientalism. New York und Toronto: Vintage Books/Random House.

Scherr, A. (2019): Solidarität: eine veraltete Formel oder ein immer noch aktuelles Grundprinzip emanzipatorischer Praxis? In: Widersprüche 39, S. 9–17.

Schiffauer, W./Eilert, A./Rudolf, M. (2017): So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten. Bielefeld: transcript.

Seisselberg, J. (2020): Italien nach der Corona-Krise. »Explosion an Lebensfreude«. Auszüge aus einem Interview mit Franco Ferrarotti. www.tagesschau.de/ausland/italien-coronavirus-125.html (Abruf: 29.9.2020).

Sennett, R. (2018): Die offene Stadt. Eine Ethik des Bauens und Bewohnens. München: Hanser.

Sommer, M./Haunss, S./Gardner, B. G./Neuber, M./Rucht, D. (2020): Wer demonstriert da? Ergebnisse von Befragungen bei Großprotesten von Fridays for Future in Deutschland im März und November 2019. In: Haunss, S./Sommer, M. (Hrsg.): Fridays for Future. Bielefeld: transcript, S. 15–66.

Spivak, G. C. (1985): The Rani of Sirmur: An Essay in Reading the Archives. History and Theory 24, S. 247–272.

Stadt Zürich (2020): Züri City-Card. Umsetzung des Positionspapieres des Stadtrats zum Thema Sans-Papiers. Möglichkeiten und Grenzen einer Züri City-Card. Einführung einer Züri City-Card. Zürich: Stadt Zürich/Stadtrat.

Wenke, C./Kron, S. (2019): Solidarische Städte in Europa. Urbane Politik zwischen Charity und Citizenship. In: Wenke, C./Kron, S. (Hrsg.): Solidarische Städte in Europa. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung, S. 5–16.

Yıldız, E. (2013): Die weltoffene Stadt. Wie Migration Globalisierung zum urbanen Alltag macht. Bielefeld: transcript.